



# Revision Parteiprogramm

Teil 1: Klarheit in der Analyse

## Die Herausforderungen

Bern, August 2008



**SP**

klar.sozial

[www.sp-parteiprogramm.ch](http://www.sp-parteiprogramm.ch)

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
0. Demokratischer Sozialismus in Zeiten der Globalisierung .....	5
1. Demografie .....	6
2. Wirtschaft und Arbeit.....	7
3. Soziale Ungleichheit.....	8
4. Soziale Sicherheit.....	9
5. Wissensgesellschaft.....	10
6. Technologie.....	11
7. Informationsgesellschaft .....	12
8. Ökologie .....	13
9. Raumplanung und Urbanisierung .....	14
10. Multikulturalität.....	15
11. Non-Profit-Bereich .....	16
12. Staat.....	17
13. Sicherheit.....	18
14. Gesundheit.....	19
15. Wertewandel.....	20
Anhang, Verzeichnis der wissenschaftlichen Texte .....	21

## Einleitung

Der Parteitag von Brig im Oktober 2004 hat die Geschäftsleitung beauftragt, das mittlerweile 26-jährige Parteiprogramm zu überarbeiten. Die Programmrevision soll im Dialog mit der Parteibasis erarbeitet werden. Sie ist zu diesem Zweck in drei Teile gegliedert worden:

1. Teil: Klarheit in der Analyse
2. Teil: Sicherheit in der Zielsetzung
3. Teil: Umsicht in der Umsetzung

Heute legt die Geschäftsleitung den unter der Leitung von Hans-Jürg Fehr von einem Steuerungsausschuss erarbeiteten Bericht „Klarheit in der Analyse“ der Parteibasis zur Diskussion vor. Die Diskussion findet zwischen Oktober 2008 und Februar 2009 im Rahmen von Bildungsanlässen statt, welche von Sektionen, Kantonal- und Bezirksparteien sowie anderen interessierten Gruppen der Partei bestellt werden können ([www.sp-partieprogramm.ch](http://www.sp-partieprogramm.ch)). Der Steuerungsausschuss wird die Ergebnisse der Diskussion in die Schlussfassung von „Klarheit in der Analyse“ einarbeiten und damit die Arbeit an Teil 2, „Sicherheit in der Zielsetzung“, vorbereiten.

### **Die Gesellschaft in der wir leben und leben werden**

Der Steuerungsausschuss beschäftigte sich eingehend mit der Frage, in welcher Gesellschaft wir heute leben und wie sie sich in den nächsten zwei Jahrzehnten mit einiger Wahrscheinlichkeit entwickeln wird. Er definierte 15 politikrelevante Gesellschaftsbereiche und beauftragte eine Expertengruppe von anerkannten Fachleuten schweizerischer Hochschulen einen Bericht über Zustand und Entwicklungstrends in ihrem Spezialgebiet zu verfassen. Ausgehend von diesen Expertisen wurde der Bericht „Klarheit in der Analyse“ erarbeitet. Er umfasst 15 Kapitel zu den analysierten Gesellschaftsbereichen. Sie beschreiben den gegenwärtigen Zustand und die in den nächsten Jahren zu erwartenden Trends. Unter Trends werden nicht unausweichliche Entwicklungen verstanden, denen wir machtlos ausgeliefert sind. Sie beschreiben vielmehr die mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Entwicklungen, die aber gegenüber politischer Einflussnahme und damit Veränderung

offen sind. Jedes Kapitel endet mit den sich daraus ergebenden Herausforderungen. Damit wird der prioritäre politische Handlungsbedarf auf den Punkt gebracht und kann konkret diskutiert werden.

Den 15 Sachkapiteln vorangestellt ist der Text „Demokratischer Sozialismus in Zeiten der Globalisierung“, welchen eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Willy Spieler verfasst hat.

Diese Broschüre enthält alle Herausforderungen sowie eine kurze Zusammenfassung des Textes „Demokratischer Sozialismus in Zeiten der Globalisierung“. Sie dient der Orientierung und soll den Einstieg in die Diskussion erleichtern.

### **Bildungsveranstaltungen bestellen und die Analyse diskutieren!**

Die Bildungsveranstaltungen können bestellt werden (Rückfragen: 031 329 69 69) unter [parteiprogrammtagungen@spschweiz.ch](mailto:parteiprogrammtagungen@spschweiz.ch). Sie werden von Mitgliedern des Steuerungsausschusses moderiert. Diese freuen sich auf eine anregende, kritische und intensive Diskussion.

### **Testimonials**

Parteimitglieder werden eingeladen, ihre Meinung im Form von Testimonials auf [www.sp-parteiprogramm.ch](http://www.sp-parteiprogramm.ch) einzubringen.

### **Materialien**

Unter [www.sp-parteiprogramm.ch](http://www.sp-parteiprogramm.ch) stehen der vollständige Bericht „Klarheit der Analyse“ in deutscher oder französischer Sprache sowie einzelne Kapitel und die entsprechenden Expertisen als Downloads zur Verfügung. Ebenfalls ausgedruckt werden kann die Broschüre mit den Herausforderungen. Die Rote Revue 2/2008 hat den Bericht „Klarheit in der Analyse“ im August 2008 herausgegeben. Das Heft kann beim Sekretariat der SP Schweiz werden:

SP Schweiz  
Spitalgasse 34  
3011 Bern

rote.revue@spschweiz.ch  
oder  
[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)

## 0. Demokratischer Sozialismus in Zeiten der Globalisierung

Globalisierung hat viele Gesichter – auch ein linkes. Es stellt sich die Frage, von welcher Globalisierung wir sprechen: von derjenigen der Ausbeutung von Mensch und Natur oder von der Globalisierung der Solidarität.

Wer heute von Globalisierung spricht, denkt vor allem an die Wirtschaft. Die ökonomische Globalisierung kommt unter dem neoliberalen Vorzeichen des globalen und totalen Marktes daher. Die Folge ist ein Standort- und Steuerwettbewerb, mit dem sich die Staaten zulasten der sozial Schwachen selber entmachten. Der Sozialstaat gilt den Neoliberalen als Relikt aus dem Systemwettbewerb im Kalten Krieg und sie bekennen sich zu einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“. Doch diese weder soziale noch ökologische Marktwirtschaft gefährdet ihre eigenen Voraussetzungen, den sozialen Frieden und den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Die wachsende Gerechtigkeitslücke und die überhand nehmende Zerstörung der Natur ist auch und vor allem ein Machtproblem. Zu den 100 grössten Wirtschaftseinheiten zählen 49 Staaten und 51 Konzerne und die Multis expandieren weiter, nicht zuletzt dank der Privatisierung öffentlicher Güter. Die Deregulierung der Wirtschaft durch die Politik schlägt um in eine Regulierung der Politik durch die Wirtschaft. Je mehr die neoliberale, ökonomische Globalisierung die Staaten entmachtet, umso mehr schwächt sie die Demokratie. Der Neoliberalismus ist nichts anderes als der entfesselte, sich in seiner Kenntlichkeit offenbarende Kapitalismus. Wird es der Sozialdemokratie gelingen, diesen Kapitalismus zu zähmen, ohne ihn im Kern zu überwinden? Kann wirtschaftliche Macht im Sinne der bisherigen Parteiprogramme überhaupt noch kontrolliert und demokratisiert werden? Und was wäre dadurch national wie auch global für die soziale Gerechtigkeit und die ökologische Nachhaltigkeit gewonnen?

## 1. Demografie

1. Der Generationenvertrag steht angesichts der demografischen Entwicklung zur Disposition. Die gegenwärtig noch hohe Erwerbsquote der 55 bis 65-Jährigen erodiert, weil sie im Arbeitsmarkt wenig gefragt sind. Das Verhältnis zwischen den unterbeschäftigten, an sich leistungsbereiten und leistungsfähigen „jungen Alten“ und der im Erwerbsleben aktiven Bevölkerung entwickelt sich ungünstig. Zumal auch mit einer weiterhin tiefen Geburtenrate zu rechnen ist. Diesem Ungleichgewicht muss entgegengetreten werden. Einerseits ist die Einbindung der „jungen Alten“ in die Erwerbsarbeit und die Zivilgesellschaft zu fördern. Andererseits müssen die Herausforderungen, die sich aus der Zuwanderung und der Multikulturalität ergeben, erfolgreich bewältigt werden, denn die Schweiz wird weiterhin auf Zuwanderung angewiesen sein.
2. Gesellschaftspolitisch von grosser Tragweite sind die zunehmend ausgeprägteren strukturellen und kulturellen Unterschiede der Familien und deren verschiedene Ansprüche an die Gesellschaft. In den Zentren treffen gut situierte Singles und Paare ohne Kinder auf eine Konzentration von „Risikogruppen“ wie Alleinerziehende, AusländerInnen und Arbeitslose. Familien mit Kindern ziehen eher in die Agglomeration oder in ländliche Regionen.
3. Es wird eine Polarisierung in einen Familien- und einen Nichtfamiliensektor geben. Der steigende Anteil der Frauen und Männer, die auf eigene Kinder verzichten, wird den Betreuungsbedarf für die Betagten erhöhen, weil im Alter kaum mehr auf ein verwandtschaftliches Beziehungsnetz zurückgegriffen werden kann. Falls sich nicht neue Solidarstrukturen bilden, wird fast ausschliesslich der Staat die Betreuung und Pflege der Betagten organisieren müssen.

## 2. Wirtschaft und Arbeit

1. Die technologische und die organisatorisch-soziale Innovationsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft sind für die Sicherung von Vollbeschäftigung und Wohlstand von herausragender Bedeutung.
2. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Die globale Dominanz des Faktors Kapital über den Faktor Arbeit und damit verbunden die demokratisch nicht legitimierte, sozial blinde und Umwelt zerstörerische „Globalisierung von oben“ stehen dem entgegen. Bislang ist es nicht gelungen, eine globale zivilgesellschaftliche Gegenmacht „von unten“ aufzubauen, die internationalen Organisationen entsprechend zu demokratisieren und weitere Mitbestimmungsrechte der arbeitenden Menschen in der Wirtschaft durchzusetzen.
3. Weitere politische Herausforderungen bilden die Durchsetzung der Lohngleichstellung von Frau und Mann, die Behebung der Untervertretung der Frauen in den Unternehmensleitungen und das Öffnen von geschlechterspezifischen Berufsfeldern für das jeweils andere Geschlecht mit dem Ziel einer ausgewogenen Durchmischung, weil damit das Innovationspotential erhöht werden kann.
4. Rolle und Selbstverständnis der Schweiz in der Welt und insbesondere ihre Beziehung zur EU sind für die zukünftige Entwicklung von grosser Bedeutung und müssen deshalb grundsätzlich geklärt werden.
5. Die Schweiz ist auch in Zeiten der Globalisierung mehr als nur ein Wirtschaftsstandort. Es sind Wege zu suchen, die das Recht auf Arbeit und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gewährleisten und prekäre Arbeitsverhältnisse nicht zulassen. Nötig sind übernationale Regulierungen und Kontrollen zum Schutz vor Ausbeutung, zur Vermeidung von Kriminalität, Umweltschädigung und Verschleuderung von Ressourcen.
6. Die private Konsumnachfrage macht rund 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz aus und bildet damit den stärksten Wirtschaftsfaktor. Daraus lässt sich die zentrale Bedeutung kaufkraftfördernder Massnahmen ableiten. Zu diesen gehört die Anhebung der Reallöhne ebenso wie die Hinführung des schweizerischen an das europäische Preisniveau bei den Konsum- und Investitionsgütern.
7. Das schweizerische KonsumentInnenrecht ist im Vergleich zum europäischen rückständig und muss verbessert werden.

### 3. Soziale Ungleichheit

1. Soziale Ungleichheit ist nicht nur eine Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen, sondern auch von Bildung und Entscheidungsmacht. Ohne Partizipation der Menschen an den politischen, gesellschaftlichen und insbesondere ökonomischen Entscheidungen, die sie und ihre Nachkommen betreffen, lässt sich soziale Ungleichheit nicht überwinden oder wenigstens minimieren.
2. Arbeitswillige, die wenig qualifiziert und/oder behindert sind, tragen zukünftig höhere Risiken, aus dem Arbeitsmarkt heraus zu fallen. Die heutigen Anreizsysteme wirken dem zu wenig entgegen.
3. Die gegenwärtigen Diskriminierungen in der Arbeitswelt (Teilzeitarbeit gegenüber Vollzeitbeschäftigung, Nichterwerbsarbeit gegenüber Erwerbsarbeit, Frauen gegenüber Männern, AusländerInnen gegenüber SchweizerInnen etc.) sind nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschaftlich ineffizient.
4. Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsvorsorge, medizinischen Einrichtungen und pflegerischen Leistungen ist nicht für alle Menschen in der Schweiz chancengleich sichergestellt.
5. Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann sowie deren Chancengleichheit in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen sind noch lange nicht verwirklicht.



## 4. Soziale Sicherheit

1. Der Sozialstaat wird aufgrund neokonservativer und neoliberaler Ideologien zunehmend in Frage gestellt. Er muss sich auch gegen einen unregulierten internationalen Standort- und Kostenwettbewerb politisch wie finanziell behaupten.
2. Der informelle Sektor ist unter Druck geraten, wegen des Wandels sozialer Lebensformen und wegen der wirtschaftlichen Globalisierung. Er läuft Gefahr, in Zukunft seine Aufgaben als wichtige Stütze der sozialen Sicherheit nicht mehr im bisherigen Ausmass wahrnehmen zu können.
3. Es müssen neue Finanzierungsmöglichkeiten für das Sozialsystem gefunden werden, welche der Vier-Generationen-Gesellschaft, der Umgestaltung der Arbeitsgesellschaft und den ökologischen Notwendigkeiten, aber auch den globalen Veränderungen Rechnung tragen.
4. Eine besondere Herausforderung für einen vorsorgenden Sozialstaat ist die Chancengleichheit in der Bildung.
5. Eine umfassende Klärung der individuellen Ansprüche auf gesellschaftliche Leistungen sowie der allenfalls zu erbringenden Gegenleistungen tut Not. Zu diskutieren ist die Festlegung von Interventionspunkten, bei denen das staatliche Sozialwesen eingreifen soll – von der rechtsverbindlichen Sozialhilfe über den Ausbau der Sozialversicherung auch gegen Erwerbsarmut bis zu einem garantierten Mindesteinkommen.

## 5. Wissensgesellschaft

1. Das schweizerische Bildungswesen weist bezüglich Lernerfolg und Chancengleichheit Mängel auf. Nicht jeder Mensch kann sein persönliches Potential unabhängig von sozialer und nationaler Herkunft, Geschlecht und Gesundheit ausschöpfen sowie individuellen Zugang zu Wissen und zur permanenten Weiterbildung finden.
2. Die Volksschule sowie die vorschulischen und die begleitenden Angebote sind zuwenig auf die frühzeitige Beseitigung der herkunftsbedingten Benachteiligungen ausgerichtet. Die unterschiedlichen individuellen Begabungen und Kompetenzen werden zu wenig entwickelt, die kulturelle und soziale Vielfalt des Landes im Bildungsprozess zu wenig ausgeschöpft. Es gibt zu viele SchulabgängerInnen ohne berufliche Perspektiven.
3. Eine grosse Herausforderung im Bereich der dualen Berufsbildung ist es, genügend Lehrstellen anzubieten. Die zunehmende Internationalisierung der Konzerne, die Spezialisierung der Betriebe und die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Sektoren, in denen die duale Berufsbildung keine Tradition hat, laufen dieser Zielsetzung entgegen.
4. Die Schweizer Hochschulen sind untereinander zu wenig vernetzt und thematisch zu wenig klar positioniert. Aufgrund der politisch knapp gehaltenen Mittel können sie ihren Auftrag hinsichtlich Forschung, Lehre und Transfer in die Wirtschaft und somit ihre zentrale Rolle im Rahmen der global gewordenen Wissensgesellschaft zunehmend weniger erfüllen.
5. Die permanente Weiterbildung ist bezüglich Zugang, Angebot, Beteiligung und Grad der staatlichen Finanzierung eine grosse Herausforderung.
6. Die Ansprüche an den Lehrberuf haben sich stark verändert. Die gesellschaftliche Anerkennung entspricht den steigenden Anforderungen seitens der Eltern, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit nicht mehr.

## 6. Technologie

1. Die Schweiz hat eine ausgezeichnete Position als Land mit Spitzen-Hochschulen und führenden Technologie-Unternehmen erlangt. Diese gilt es angesichts der Internationalisierung nicht nur zu erhalten, sondern auch in der globalen Verantwortung weiter zu entwickeln.
2. Die hervorragende Positionierung der Schweiz sowohl in der Biotechnologie als auch in der Nanotechnologie und in gewissen Bereichen der Informationstechnologie gilt es zu nutzen.
3. Die gesellschaftliche Akzeptanz der verschiedenen technologischen Entwicklungen variiert stark. In der Biotechnologie geniesst die Nutzung von Gentechnik für die Gewinnung von Rohstoffen aus erneuerbaren Quellen gute Akzeptanz. Etwas tiefer liegt die Akzeptanz beim Einsatz von Gentechnologie für die Lösung medizinischer Probleme. Die grösste Skepsis wird der gentechnischen Veränderung von Pflanzen entgegen gebracht. Bei der Informationstechnologie wird sich die Risikodebatte auf Datenschutzfragen konzentrieren. In der Nanotechnologie sind die Gesundheitsrisiken noch wenig erforscht. Die weitere Entwicklung wird die etablierte Grenze zwischen „Künstlichem“ und „Lebendigem“ in Frage stellen. Die grosse Herausforderung ist, die tatsächlichen Risiken zu erkennen und glaubwürdige Massnahmen zur Schadensverhinderung zu entwickeln, damit eine menschengerechte Technologieentwicklung möglich wird.
4. Dies erfordert eine Risikofolgeabschätzung auf ethisch verantwortungsvolle und politisch abgestützte Weise.
5. Die geringe Beteiligung der Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen (inklusive der Informatik) in der Schweiz, führt in diesen Bereichen zu einseitigen Entwicklungen und lässt ein grosses Potenzial brach liegen.

## 7. Informationsgesellschaft

1. Die globale Vernetzung mittels Informations- und Kommunikationstechnologie bringt grosse kulturelle und wirtschaftliche Chancen mit sich. Sie generiert aber auch neue Risiken wie beispielsweise Kriminalität, Datenmissbrauch und Eingriffe in die Privatsphäre.
2. Global wie national bildet sich ein digitaler Graben, der die Chancengleichheit beeinträchtigt.
3. Der Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungsbedarf der Bevölkerung wird zunehmend durch international operierende Medien-Multis abgedeckt. Diese nehmen kaum Rücksicht auf die demokratische Meinungsvielfalt und die kulturelle Identität. Vielmehr dominiert der Trend zu einem rein renditeorientierten und banalisierenden Medienangebot. Wegen der weiterhin grossen Bedeutung der Massenmedien besteht die Aufgabe darin, die politische Gestaltungsmacht für sie zu bewahren und die Anforderungen der Zivilgesellschaft und der Demokratie in den Mittelpunkt der politischen Steuerung zu rücken.

## 8. Ökologie

1. Der Hauptakzent in der Umweltpolitik ist heute immer noch wenig auf die Prävention und stark auf Schadensbegrenzung und Nachsorge ausgerichtet. Es geht jedoch um den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft, also darum, qualitativ zu wachsen, um quantitativ schrumpfen zu können.
2. Weil die externen Kosten nicht internalisiert verrechnet werden, sind umweltbelastende Erzeugnisse zu billig und führen zu einer nicht verantwortbaren Verschleisswirtschaft.
3. Der Verschleiss der natürlichen Ressourcen und die Erwärmung der Atmosphäre über exzessiven CO<sub>2</sub>-Ausstoss bedrohen die Menschheit in ausserordentlichem Masse. Der Übergang zu konsequent nachhaltigem, die Natur und den Menschen schonendem Wirtschaften ist weltweit notwendig, dennoch aber stark umstritten. Kurzfristige Interessen dominieren langfristige, ärmere Länder und Schwellenländer befürchten einen Wohlstandsabbau. Darum sind geeignete Anreize zu suchen, die ihre ökonomische und soziale Entwicklung nicht behindern.
4. Die bisherigen importierten Hauptenergieträger Erdöl, Erdgas und Uran sind risikoreich und umweltschädlich. Ihre Vorräte gehen schnell zu Ende, sie müssen ersetzt werden. Die Alternativen sind bekannt und technologisch reif. Die effizientere Energienutzung und die erneuerbaren Energien reichen aus, um den künftigen Bedarf zu decken. Die Herausforderung ist politischer Natur und besteht darin, Mehrheiten für diese Alternativen zu gewinnen.
5. Der Anteil des umweltschädlichen motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehr ist im Verhältnis zum öffentlichen Verkehr zu gross.
6. Ohne einen umsichtigen Naturschutz und eine sorgfältige, an ökologischen Vorgaben orientierte Landwirtschafts- und Raumplanungspolitik wird unser Land künftigen Generationen weniger Perspektiven bieten, ihnen dafür aber nicht zu verantwortende ökologische Hypotheken mitgeben.

## 9. Raumplanung und Urbanisierung

1. Die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den drei grossen, global orientierten, urbanen Polen Zürich, Basel, Genf-Lausanne einerseits, den beiden nächst kleineren Polen Bern und Insubrica (Tessin, Como, Varese) sowie weiteren kleineren Agglomerationen andererseits, werden ohne politische Eingriffe immer grösser. Für die Politik stellt sich die heikle Aufgabe, dieses wirtschaftliche Auseinanderstreben in Grenzen zu halten. Angesichts der knappen öffentlichen Mittel könnte die Politik jedoch vor die Wahl gestellt werden: Entweder Förderung der drei grossen Pole zur Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit oder, der interregionalen Solidarität folgend, Verteilung der vorhandenen Mittel auf alle Regionen und mit dem Risiko gesamtgesellschaftlicher Einbussen.
2. Die Agglomerationen müssen eine eigene politische Identität finden. Sie sind sozioökonomisch und weltanschaulich dreigeteilt in Kernstädte, suburbane Zonen und periurbane Zonen. Oft zeigen sie sich als politisch entseelte Siedlungsgebiete, so dass die bestehenden Institutionen kaum mehr in der Lagen sind, bei gesellschaftlichen Interessenskonflikten legitime Lösungen auszuhandeln. Um diese Schwäche zu überwinden und als Voraussetzung für die Entwicklung einer eigenen politischen Identität, muss die Dreiteilung überwunden und das Gemeinschaftsgefühl innerhalb einer Agglomeration gestärkt werden.
3. Sollen für Agglomerationen staatliche Massnahmen beschlossen werden, so müssen die beschliessenden Gremien demokratisch legitimiert sein. Denkbar sind Gemeindefusionen, die direkte Volkswahl von Agglomerationsräten oder die Kompetenzverschiebung für bestimmte die Agglomeration betreffende Entscheide.
4. Die Städte und Agglomerationen müssen ihre Rolle auch im Gefüge der politischen Schweiz finden. Die Agglomeration wird erst seit kurzem auch als Gegenstand der Bundespolitik begriffen und die Modelle der Zusammenarbeit müssen noch getestet werden. Absehbar ist, dass sich die politischen Verflechtungen zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund verändern und intensivieren werden. Die Wirksamkeit staatlicher Massnahmen im Bereich von Agglomerationsfragen ist direkt abhängig von einem möglichst reibungslosen Verhandlungsprozess unter den drei Ebenen.

## 10. Multikulturalität

1. Das Bildungswesen und die Sprachenpolitik haben die Schweizer Vielsprachigkeit und Multikulturalität bislang zu wenig gestützt. Es ist eine Sprachenpolitik zu entwickeln, die dem nationalen und dem sozialen Zusammenhalt dient.
2. Das Bewusstsein, dass die Schweiz als Einwanderungsland eine besondere Chance und Qualität erhält, ist zu fördern.
3. Die Verpflichtung aller Bevölkerungsgruppen auf die Menschenrechte und den demokratischen Rechtsstaat ist und bleibt die Voraussetzung für das Gelingen der Integration.
4. Eine erfolgreiche Integration setzt eine Balance zwischen Rechten und Pflichten voraus. Integration wird verstanden als Teilnahme der Immigrierten an allen gesellschaftlichen Bereichen.
5. Die Rechte und Pflichten von ImmigrantInnen waren bislang nicht so ausbalanciert, dass die Integration in die Schweizer Gesellschaft erfolgreich und zum Vorteil aller Beteiligten verlaufen konnte. Die Massnahmen, welche die Integration fördern sollten, waren ungenügend. Sie sind anzupassen.

## 11. Non-Profit-Bereich

1. Selbstorganisation, Eigeninitiative und Freiwilligenarbeit bilden die Grundlage des Schweizer Non-Profit-Bereichs. Sie helfen soziale Probleme gemeinsam und kostengünstig zu bewältigen. So ergänzen sie Markt und Staat. Aufgrund der absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen ist dieser Bereich aber künftig stark gefährdet. Die Herausforderung ist, Selbstorganisation und Freiwilligenarbeit im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Solidarität zwischen den Menschen in diesem Land zu erhalten.
2. Ein grosser Teil der unbezahlten Arbeit ist nicht gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit, sondern Folge der traditionellen Rollenteilung zwischen Männern (Erwerbsarbeit) und Frauen (Haus- und Familienarbeit). Die verfassungsmässig garantierte Gleichstellung erfordert die Überführung der unbezahlten Familienarbeit in den bezahlten Sektor und / oder die gleichmässige Aufteilung von Erwerbs- und Hausarbeit auf Frauen und Männer.



## 12. Staat

1. Die reale sozioökonomische Entwicklung stellt die föderale Struktur von 26 Kantonen und über 3'000 Gemeinden in Frage. Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten darauf zu reagieren: Entweder mit einer intensiveren Zusammenarbeit über die bestehenden Grenzen hinweg oder mit einer grundlegenden Gebietsreform.
2. Die politische Partizipation der Städte, der grossen Agglomerationen und der Sprachregionen wird durch den Ständerat nicht abgedeckt. Zudem ist die Partizipation der Kantone im Bund mittels Ständerat und Parallelorganisationen ineffizient und intransparent. Es stellt sich die Frage, mit welcher „Zweiten Kammer“ das Ziel erreicht werden kann, den verschiedenen Gebietsformen das notwendige Gewicht in nationalen Entscheidungen zu verleihen.
3. Die Regierungen, die Parlamente und die übrigen Behörden und politischen Institutionen sind nicht ausreichend mit zeitgemässen Mitteln und Ressourcen ausgestattet, um ihre Aufgaben optimal erfüllen zu können. Ebenso wenig sind die Parteien finanziell in der Lage, breit gefächerte, professionelle Arbeit zu leisten.
4. Die ausländische Bevölkerung ist nur ungenügend in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden.
5. Eine weitere Herausforderung wird der Umgang mit den Souveränitätsverlusten des Nationalstaates gegenüber globalen oder kontinentalen supranationalen Organisationen sein, die sich aus der Globalisierung und der europäischen Intergration ergeben.

## 13. Sicherheit

1. Die herkömmliche Schweizer Politik der bewaffneten Neutralität kann den neuen Bedrohungen (Terrorismus, weltweite Öko-Katastrophen oder Pandemien) nicht wirksam begegnen. Sie ist durch einen risikogerechten Bevölkerungsschutz zu ersetzen. Dabei ist auf eine den jeweiligen Bedrohungen angemessene internationale Kooperation besonderer Wert zu legen. Dies gilt in erster Linie für den Kampf gegen den Terrorismus und gegen die internationale Wirtschaftskriminalität.
2. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung kontrastiert deutlich mit der objektiv feststellbaren Bedrohungslage der Schweiz.
3. Die Abwehr terroristischer Bedrohungen sowie die polizeilichen und nachrichtendienstlichen Anstrengungen zur Prävention oder Abklärung bedrohlicher Aktivitäten dienen immer mehr als Vorwand, um die Freiheits- und Menschenrechte einzuschränken.
4. Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt. Es stellt sich die Frage, ob nicht der heute an die Wehrpflicht gekoppelte Zivildienst zu einem freiwilligen Zivildienst weiter entwickelt werden sollte, nicht zuletzt um auch den Non-Profit-Bereich zu stärken.
5. Die zivilen Sicherheitskräfte sind so zu strukturieren und auszurüsten, dass die Armee im eigenen Land nur noch für Katastrophenhilfe eingesetzt werden kann.

## 14. Gesundheit

1. Jeder Mensch soll Verantwortung tragen für seine eigene Gesundheit. Aber es ist offenkundig, dass viele krank machende Faktoren nicht im persönlichen Verhalten begründet sind, sondern in den Verhältnissen am Arbeitsplatz, im Wohnquartier, in der Familie, in der Umwelt. Dies wiederum begründet die politische Verantwortung für ein Gesundheitswesen, das sich nicht in Eigenverantwortungsparolen erschöpft, sondern Prävention hoch bewertet und Gesundheitsziele setzt.
2. Die hohen Standards hinsichtlich Qualität und Zugänglichkeit des schweizerischen Gesundheitswesens sind nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung, sondern auch aufgrund einer politisch gewollten Verknappung der finanziellen Ressourcen gefährdet. Die Prävention fristet ein Mauerblümchendasein.
3. Gesundheitspolitik ist immer auch Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Herausforderung ist, die sogenannte Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht durch politisch motivierte Rationierung gewisser Leistungen einzudämmen. Sonst wird die Zweiklassenmedizin, wie sie sich heute schon abzeichnet, zur Realität.
4. Die sozialverträgliche Finanzierung des Gesundheitswesens mit einem Versicherungssystem, das sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten richtet und gleichzeitig Anreize für ein gesundheits- und kostenbewusstes Verhalten setzt, ist eine Frage des politischen Willens zur Solidarität.
5. Das stark kantonal organisierte Gesundheitswesen bedarf einer besseren Koordination.

## 15. Wertewandel

1. Die Schweiz als Nation hat hinsichtlich Wohlstand und Sicherheit international gesehen einen sehr hohen Standard erreicht. Diese Errungenschaften werden künftig durch die weitere aussenpolitische Öffnung und die Globalisierung, insbesondere durch die Einwanderung aus entfernten Kulturkreisen, in Frage gestellt. Damit kommt auch unser aktuelles Wertesystem unter Druck. Die Herausforderung besteht darin, diesem Druck stand zu halten.
2. Die weltanschauliche Hauptkonfliktachse verläuft heute zwischen „mitfühlenden KosmopolitInnen“ und „rechtschaffenen TraditionalistInnen“. Die Herausforderung besteht darin, den Konflikt auszutragen und für uns zu entscheiden.
3. Der soziale Konflikt hingegen, der mit der Globalisierung wieder verstärkt aufgebrochen ist, kann nicht auf diese Achse „KosmopolitInnen“ und „TraditionalistInnen“ reduziert werden. Er verläuft quer dazu. Verkörpert wird der neue soziale Gegensatz auf der einen Seite von den „leistungsorientierten Modernisten“, die mehr Flexibilität und Leistungsbereitschaft von der Bevölkerung verlangen und Wirtschaft und Staat eine „Fitnesskur“ verpassen wollen, um den Herausforderungen der Globalisierung begegnen zu können. Sie stammen vor allem aus Elitemilieus und kumulieren daher relativ viel Handlungsmacht. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung stellen sie jedoch nur ein schmales Segment dar. Auf der anderen Seite befindet sich der Pol der „sozial Marginalisierten“. Diese gesellschaftliche Gruppe steht am unteren Ende der sozialen Hierarchie und ist durch die Globalisierung in jeder Hinsicht weiter an den Rand gedrängt worden. Ihr Anliegen ist die Sicherung des Wohlfahrtsstaates, aber auch der Schutz vor Immigration und Konkurrenzdruck. Die Herausforderung ist es, diese Marginalisierten wieder zu integrieren.
4. Zum Wertewandel gehört seit 1989 auch ein ideologischer Paradigmenwechsel innerhalb des Bürgertums, soweit es Abschied nimmt von der sozialen Marktwirtschaft und Probleme der Existenzsicherung an Markt und Eigenverantwortung delegiert. Im Gange ist ein „Klassenkampf von oben“, der auch mit der neoliberalen Ideologie des Standort- und Steuerwettbewerbs gerechtfertigt wird.

## Anhang

Der Anhang enthält ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Grundlagen und Trendanalysen zur Situation der Schweiz sowie weitere Materialien in der Reihenfolge der in „Klarheit in der Analyse“ behandelten Gesellschaftsbereiche. Die Einschätzungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen nicht mit der Einschätzung des Steuerungsausschusses übereinstimmen.

Alle hier aufgeführten Grundlagentexte sind abrufbar unter [www.sp-parteiprogramm.ch](http://www.sp-parteiprogramm.ch).

### 1. Demografie

#### *Trendanalyse Demographie*

Zum Wandel der schweizerischen Bevölkerung  
*Fux Beat*, Universität Zürich, Dezember 2005

### 2. Wirtschaft und Arbeit

#### *Die Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten*

*SP Schweiz*, Wirtschaftskonzept 2006 bis 2015

### 3. Soziale Ungleichheit

#### *Inégalités sociales*

*Flückiger Yves*, Université de Genève, 2005

### 4. Soziale Sicherheit

Zu diesem Kapitel wurde keine spezielle Studie erstellt.

### 5. Wissensgesellschaft

#### *Wissensgesellschaft, Bildung*

*Criblez Lucien*, Fachhochschule Nordwestschweiz, Wabern, Januar 2006

### 6. Technologie

#### *Wissenschaft, Technologie-Entwicklung und Technologie-Politik in der Wissens-/Risikogesellschaft*

*Maasen Sabine / Lieven Oliver*, Universität Basel, November 2005

### 7. Informationsgesellschaft

#### *Informationsgesellschaft: Standortbestimmung und Themenanalyse*

*Meier Werner A. / Trappel Josef*, Universität Zürich, November 2005

## 8. Ökologie

### *Zustandsbeschreibung zum Themengebiet „Ökologie“*

*Seidl Irmi*, Hrsg., Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, WSL

## 9. Raumplanung und Urbanisierung

### *Raumentwicklungsbericht 2005*

*Steiger Urs* u.a., Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Bundesamt für Raumentwicklung,

**Bezugsquelle:** BBL, Verkauf Bundespublikationen, 3003 Bern,  
Fax 031 325 50 58

[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen), Art.-Nr.: 812.045.1.d,  
auch Französisch und Italienisch erhältlich

und

### *Urbanisierung und Metropolisierung*

Szenarien, Chancen und Herausforderungen für die Politik in der Schweiz  
bis 2030,

*Kübler Daniel*, Universität Zürich, Oktober 2005

## 10. Multikulturalität

### *La Suisse: de la pluralité culturelle nationale à la pluralité culturelle globalisé*

*Fibbi Rosita / D'Amato Gianni*, Université de Neuchâtel, Novembre 2005

## 11. Non-Profit-Bereich

### *Non-Profit- Bereich und Entwicklung der Zivilgesellschaft*

*Nollert Michael*, Université de Fribourg, November 2005

## 12. Staat

### *Etat*

*Papadopoulos Yannis*, Université de Lausanne, 2005

## 13. Sicherheit

### *Zur äusseren Sicherheit der Schweiz*

*Goetschel Laurent / Krummenacher Heinz*, Universität Basel, 2005

und

### *Entwicklungsperspektiven im Bereich von Sicherheit und Kriminalität*

*Killias Martin*, Université de Lausanne, 2006

## 14. Gesundheit

*Gesundheitswesen, Diagnose und Therapieoptionen*

*Sommer Jürg H., Universität Basel, Oktober 2005*

und

*Welches Gesundheitswesen? Beiträge zu einer grundlegenden Debatte*

*vpod, Fachkommission Gesundheitswesen, Zürich, Januar 2006*

## 15. Wertewandel

*Wertewandel in der Schweiz*

*Hermann Michael / Leuthold Heiri, Universität Zürich, 2005*